

RFNP-Änderung 32 E Icktener Straße (ehem. Tennisanlage)

Teil A: Begründung

1	Anlass und Erfordernis der Änderung	2
2	Planungsrechtliche Vorgaben	2
2.1	Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)	2
2.2	Vorgaben des Regionalplans Ruhr	5
2.3	Vorgaben des RFNP	5
2.4	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	6
2.5	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	7
2.6	Bebauungsplanung	7
2.7	Sonstige informelle Planungen	7
3	Gegenstand der Änderung	7
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	7
3.2	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung	8
3.3	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP	8
3.4	Bedarfsnachweis	8
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	9
4	Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien	9
4.1	Lärmschutz	9
4.2	Altlasten	10
4.3	Artenschutz	10
5	Sonstige Belange	10
5.1	Technische Infrastruktur	10
5.2	Bodendenkmalpflege	11
5.3	Verbandsgrünflächen	11
5.4	Verkehr	11
6	Verfahrensablauf	11
6.1	Verfahren	11
6.2	Einvernehmen des RVR	12
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	12
7	Flächenbilanz / Monitoring	13

Stand: August 2019

Teil B: Umweltbericht

Teil A: Begründung

1 Anlass und Erfordernis der Änderung

Auf dem allgemeinen Essener Wohnungsmarkt besteht seit einigen Jahren ein erhöhter Bedarf an Wohnraum, der durch die vorhandenen Wohnbauflächen nicht gedeckt werden kann. Grundlage für die bedarfsgerechte Flächensuche von Wohnbauflächen war die Wohnungsnachfrageanalyse Essen 2020+ (InWIS) aus dem Jahr 2013. Darauf aufbauend wurden in den Jahren 2014 und 2015 Flächenvorschläge für Wohnbauflächen entwickelt, die im weiteren Prozess nach ausgewählten Kriterien priorisiert wurden. Die Fläche des Änderungsbereichs war Teil dieses Prozesses.

Das Areal liegt im Stadtbezirk Kettwig, im westlich gelegenen Stadtteil Kettwig-Ickten. Dabei handelt es sich um eine brachliegende Tennisanlage. Nach einstigem Boom des Tennissports ging der Tennisclub mit abnehmender Nachfrage 2010 in die Insolvenz. Seither liegt die Anlage brach, das ehemalige Vereinshaus verfällt und die Ascheplätze werden zunehmend von der Natur zurückerobert.

Der Änderungsbereich ist als potenzielle Wohnbaufläche in dem vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung, zur Entwicklung neuer Wohnbauflächen im Essener Stadtgebiet, am 19.11.2015 beschlossenen Konzept „Bedarfsgerechte Flächenentwicklung“ enthalten. Er soll einer städtebaulichen Entwicklung im Sinne einer, dem städtebaulichen Umfeld entsprechenden, attraktiven Wohnbebauung zugeführt werden. Vor diesem Hintergrund sollen im RFNP die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Wohnstandortes geschaffen werden.

Der ca. 0,9 ha große Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft/ Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit den Überlagerungen "Regionale Grünzüge" und „Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)“ dargestellt. Da sich die geplante Nutzung nicht aus den Darstellungen des RFNP entwickeln lässt, muss der RFNP entsprechend geändert werden.

2 Planungsrechtliche Vorgaben

2.1 Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)

Der LEP ist am 08.02.2017 in Kraft getreten. Er wurde geändert durch die Verordnung zur Änderung des LEP, die mit der Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 06.08.2019 in Kraft getreten ist.

Für den Geltungsbereich der RFNP-Änderung enthält der LEP in seinem zeichnerischen Teil keine Festlegungen. Nachrichtlich ist im zeichnerischen Teil des LEP der RFNP-Änderungsbereich dem Freiraum / Grünzug zugewiesen. Darüber hinaus sind für die Änderung insbesondere die folgenden textlichen Ziele zu beachten und Grundsätze zu berücksichtigen:

- 4-3 Grundsatz Klimaschutzkonzepte: *„Vorliegende Klimaschutzkonzepte und den Klimaschutz betreffende Fachbeiträge sind in der Regionalplanung zu berücksichtigen.“*
- 6.1-1 Ziel Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung: *„Die Siedlungsentwicklung ist flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotentialen auszurichten.[...]“*
- 6.1-3 Grundsatz Leitbild „dezentrale Konzentration“: *„Die Siedlungsstruktur soll dem Leitbild der "dezentralen Konzentration" entsprechend weiterentwickelt werden. Dabei ist die zentralörtliche Gliederung zugrunde zu legen.“*

- 6.1-5 Grundsatz Leitbild „nachhaltige Europäische Stadt“: *„Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden und das jeweilige Zentrum stärken. Regional- und Bauleitplanung sollen durch eine umweltverträgliche, geschlechtergerechte und siedlungsstrukturell optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens beitragen. [...]“*
- 6.1-6 Grundsatz Vorrang der Innenentwicklung: *„Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. [...]“*
- 6.1-7 Grundsatz Energieeffiziente und klimagerechte Siedlungsentwicklung: *„Planungen von neuen Siedlungsflächen und des Umbaus bzw. der Sanierung von Siedlungsgebieten sollen energieeffiziente Bauweisen, den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie Möglichkeiten der passiven und aktiven Nutzung von Solarenergie und anderen erneuerbaren Energien begünstigen.
Die räumliche Entwicklung soll die bestehende Vulnerabilität des Siedlungsraums gegenüber Klimafolgen – insbesondere Hitze und Starkregen – nicht weiter verschärfen, sondern die Widerstandsfähigkeit des Siedlungsraums stärken und dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.“*
- 6.1-8 Grundsatz Wiedernutzung von Brachflächen: *„Durch Flächenrecycling sollen Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden. [...]“*
- 6.1-9 Grundsatz Vorausschauende Berücksichtigung von Infrastrukturkosten und Infrastrukturfolgekosten: *„Wenn beabsichtigt ist, Flächen für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen, sollen von den Kommunen zuvor die Infrastrukturkosten und auch die Infrastrukturfolgekosten dem Stand der Planung entsprechend ermittelt und bewertet werden*
- 6.2-1 Grundsatz Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche: *„Die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden soll auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet werden, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche).
Erforderliche neue Allgemeine Siedlungsbereiche sollen unmittelbar anschließend an vorhandenen zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen festgelegt werden. [...]“*
- 6.2-2 Grundsatz Nutzung des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs: *„Vorhandene Haltepunkte des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs sollen bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden.“*
- 6.6-1 Grundsatz Ausstattung der Siedlungsbereiche mit Bewegungsräumen und Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen *„Die Siedlungsbereiche sollen bedarfsgerecht und angepasst an die zentralörtliche Gliederung mit möglichst vielfältig zu nutzenden Bewegungsräumen und Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen ausgestattet werden.“*
- 7.1-1 Grundsatz Freiraumschutz: *„Der Freiraum soll erhalten werden; seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktionen sollen gesichert und entwickelt werden. Der Erhalt der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. [...]“*
- 7.1-5 Ziel Grünzüge: *„[...] Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen.*

Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzugs erhalten bleibt.“

- 7.4-1 Grundsatz Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Gewässer: *„Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Gewässer mit ihren vielfältigen Leistungen und Funktionen als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut nachhaltig zu sichern und zu entwickeln.“*

Die Stadt Essen verfolgt grundsätzlich das allgemein geltende Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dazu gehört, nach Möglichkeit Innenentwicklung vorrangig zu betreiben und Brachflächen zu aktivieren sowie die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen zu nutzen. Vorhandene Freiräume sollen möglichst in ihrer Funktion erhalten bleiben, um die Lebensqualität in der vergleichsweise dicht besiedelten Region zu erhalten. Der Verbrauch an Freiflächen für neue Bauflächen in der Planungsregion ist generell eher niedrig, der Anteil der wieder genutzten Flächen relativ hoch. Auf Grund der steigenden Einwohnerzahlen und des hohen Bedarfs an Wohnbauflächen (s. auch Kap. 3.4) steht die Stadt Essen vor der Herausforderung, neue Wohnbauflächen zu entwickeln. Eine Innenentwicklung ist dabei nicht immer möglich, da geeignete Flächen im Stadtgebiet knapp sind.

Die Änderung Nr. 32 des Regionalen Flächennutzungsplanes steht dem Leitbild der Dezentralen Konzentration nicht entgegen. Dies folgt bereits aufgrund der sehr geringen Flächengröße von 0,9 ha. Das Planungsziel ist die Abrundung eines bestehenden, kompakten Siedlungsbereiches und die Wiedernutzung eines bereits baulich geprägten Bereiches. Auch wenn die Siedlung Ickten nicht über eine eigene vollständige Infrastrukturausstattung verfügt und im Übergangsbereich zum Freiraum liegt, sind die Einrichtungen der Daseinsvorsorge - insbesondere im Kernbereich von Kettwig - über verschiedene Buslinien gut erreichbar. Insofern trägt auch diese Siedlung zur Auslastung und Tragfähigkeit der Infrastruktur des Stadtteilzentrums von Kettwig bei.

Die Stadt Essen fühlt sich dem Leitbild der Nachhaltigen Europäischen Stadt verpflichtet und setzt dieses im Rahmen einer Vielzahl von Programmen und Projekten um. Beispielsweise war die Stadt Essen im Jahre 2017 Grüne Hauptstadt Europas, in deren Rahmen insbesondere die Lebensqualität im Fokus stand. Die Änderung Nr. 32 des Regionalen Flächennutzungsplanes steht dem Leitbild der Europäischen Stadt nicht entgegen. Dies folgt bereits aufgrund der sehr geringen Flächengröße von 0,9 ha. Die Planung dient der Ergänzung eines bestehenden Siedlungsbereiches.

Der Kettwiger S- Bahnhof liegt in ca. 2,5 km (Luftlinie) Entfernung und wird von einer Buslinie angefahren, deren Haltestelle in ca. 400 m Entfernung vom Änderungsbereich liegt. Die S-Bahnlinie 6 verkehrt im 20-Minuten-Takt Richtung Essen Hauptbahnhof und über Düsseldorf Richtung Köln. Dadurch ergibt sich eine gute Anbindung des Änderungsbereichs an den öffentlichen Nahverkehr.

Die Siedlung Ickten als Teil des Stadtteils Kettwig ist in die großräumige Kulturlandschaft des Ruhrtals eingebunden, so dass für den Änderungsbereich selbst sowie die nähere und weitere Umgebung ausreichend Bewegungs- und Erholungsräume zur Verfügung stehen. Die ehemalige Tennisanlage als Sport- und Freizeiteinrichtung konnte aufgrund zu geringer Nachfrage nicht mehr aufrechterhalten werden, der Verlust wird jedoch durch die Lage an großflächigen Naturräumen sowie durch die Erreichbarkeit von Sport- und Freizeitinfrastruktur in Kettwig wie auch in der Innenstadt von Essen kompensiert.

Die Planänderung dient der bedarfsgerechten Baulandversorgung für Wohnnutzung. Die Aspekte der energieeffizienten und klimagerechten Siedlungsentwicklung werden im parallel laufenden Bebauungsplanverfahren geprüft und soweit möglich berücksichtigt. In Bezug auf Infrastrukturkosten / -folgekosten ist davon auszugehen, dass die Mehrverkehre aufgrund der geringen Anzahl der geplanten Wohneinheiten über das bestehende Straßennetz abgewickelt werden können.

Da der Änderungsbereich sehr klein und als Tennisanlage baulich vorgenutzt und damit weitestgehend anthropogen überformt ist, handelt es sich in diesem Fall um eine geringfügige reale Freirauminanspruchnahme. Die Möglichkeit einer zukünftigen Offenlegung des verrohr-

ten Icktener Baches, der das Grundstück quert, wird bei der städtebaulichen Planung durch die Festlegung eines beidseitigen Schutzstreifens von jeweils 6m im Bebauungsplan berücksichtigt. Die freiraumbezogenen Zielvorstellungen werden nicht in Frage gestellt und die großräumigen Freiraumfunktionen des Regionalen Grünzuges bleiben erhalten. Die Planung entspricht damit den genannten Zielen des LEP.

2.2 Vorgaben des Regionalplans Ruhr

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) hat am 06.07.2018 den Erarbeitungsbeschluss zum Regionalplan Ruhr gefasst. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des Regionalplans stellen somit gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Raumordnungsgesetz ebenfalls sonstige Erfordernisse der Raumordnung dar und sind bei raumbedeutsamen Planungen zu berücksichtigen.

Der Entwurf des Regionalplans Ruhr legt in seinem zeichnerischen Teil für den Änderungsbereich „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)“ fest. Textliche Ziele des Regionalplanentwurfs stehen der geplanten RFNP-Änderung nicht entgegen. Am 29.03.2019 wurde das Einvernehmen zu dem Änderungsverfahren 32 E in der Verbandversammlung des RVR erteilt. Auch im Regionalplan Ruhr wird dieser Bereich zukünftig als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ dargestellt werden.

Die Planung entspricht somit den in Aufstellung befindlichen Vorgaben des Regionalplans Ruhr.

2.3 Vorgaben des RFNP

Für die Planung relevante textliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung des RFNP sind insbesondere folgende:

- Ziel 4 *„Freiraum sichern, auf Raumgliederung achten:*
(1) *Der Freiraum ist von Siedlungstätigkeiten freizuhalten, um die Siedlungsbereiche auf Dauer zu gliedern.“*
- Ziel 5 *„Angemessene Versorgung mit Wohnbauflächen sichern:*
(1) *Im Plangebiet ist eine ausreichende Versorgung mit Wohnbauflächen/ASB für alle Segmente des Wohnungsmarktes sicherzustellen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerecht wird.“*
- Ziel 17 *„Funktionsfähigkeit des Freiraums erhalten: Wegen seiner Nutz- und Schutzfunktionen, seiner Erholungs- und Ausgleichsfunktionen und seiner Funktionen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere ist der bestehende Freiraum zu erhalten. Die noch vorhandenen großen, unzerschnittenen Freiräume sind vor weiterer Zerschneidung und Fragmentierung zu bewahren.“*
- Ziel 18 *„Sicherung, Vernetzung und Entwicklung Regionaler Grünzüge:*
(1) *Die Regionalen Grünzüge sind als wesentliche Bestandteile des regionalen Freiraumsystems zu sichern, zu erweitern und zu vernetzen.*
(2) *Planungen und Maßnahmen, die die Aufgaben und Funktionen der Regionalen Grünzüge beeinträchtigen, sind nicht zulässig. [...]“*
- Grundsatz 33 *„BSLE sichern und entwickeln:*
(1) *Zur Sicherung der ökologischen Funktionen soll die Nutzungsstruktur in den Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) in ihrer Substanz erhalten oder weiterentwickelt werden. Auf die besonderen Belange der Land- und Forstwirtschaft soll bei der Umsetzung der BSLE Rücksicht genommen werden. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die zu Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes führen können, sollen unterlassen werden.*

(2) In Bezug auf ihre Erholungsfunktion sollen die BSLE der landschaftsorientierten Erholung, Sport- und Freizeitnutzung dienen.“

- Ziel 28 „Sicherung und ökologische Entwicklung der Fließgewässer:

(1) Fließgewässer und ihre Auen sind als natürliche Retentionsräume zu erhalten und zu entwickeln. Die ursprüngliche Funktion der natürlichen Fließgewässersysteme als Lebensräume für Flora und Fauna sowie als Erholungs- und Erlebnisraum für Menschen ist zu erhalten bzw. bei ausgebauten oder verrohrten Gewässern durch ökologischen Umbau und Rückgewinnung von Auenbereichen wieder zu entwickeln. [...]“

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die Umnutzung eines aufgegebenen Standortes einer Tennissportanlage, der bedingt durch die Anlage der Sporteinrichtungen bereits stark anthropogen überformt ist. Aufgrund der geringen Größe der durch das Änderungsverfahren vorbereiteten Freirauminanspruchnahme werden die freiraumbezogenen Zielvorstellungen und großräumigen Funktionen des verbleibenden Regionalen Grünzugs nicht in Frage gestellt.

Darüber hinaus handelt es sich bei dem Änderungsbereich um eine geringfügige Siedlungsarrondierung, die der bedarfsgerechten Baulandversorgung für Wohnnutzung dient.

Das in Rede stehende Gelände wird von dem verrohrten "Icktener Bach" durchquert. Die städtebauliche Planung berücksichtigt für den verrohrten Bach einen beidseitigen Schutzstreifen von 6 m.

Die Planungsziele für den Änderungsbereich entsprechen den in den Zielen formulierten Vorgaben, obwohl in kleinerem Umfang Freiraum in Anspruch genommen wird. Im Rahmen des parallelen Bebauungsplanverfahrens wurde ein Landschaftspflegerischer Fachbeitrag erstellt und die Eingriffe im Sinne von § 1a (3) BauGB vertieft geprüft und dargestellt. Zudem wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung (ASP 1) durchgeführt, zur Ermittlung des Vorkommens planungsrelevanter Arten im Plangebiet sowie zur Bewertung der Auswirkungen (Art-für-Art-Betrachtung) auf die Brutvögel und Fledermäuse (ASP 2). Die Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfungen sind in der Begründung unter Pkt. 4.3 näher ausgeführt und ebenfalls in den Umweltbericht eingeflossen.

Aufgrund der topografischen Gegebenheiten sowie der einzuhaltenden Abstände zum angrenzenden Wald und zum verrohrten Icktener Bach verbleiben nach Süden und Osten weiterhin große Grün- und Freiflächen. Die bestehende Fußwegeverbindung am südlichen und östlichen Rand der Fläche, die den Siedlungsraum mit dem Ruhrtal verbindet, wird nicht beeinträchtigt.

2.4 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP ist nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Der RVR ist am Verfahren ohnehin beteiligt (siehe auch 6.2). Des Weiteren ist eine Genehmigung der RFNP-Änderung durch die Landesplanungsbehörde erforderlich, so dass eine Prüfung der landesplanungsrechtlichen Belange sichergestellt ist (s. 6.4).

2.5 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne

Der gesamte Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich des Essener Landschaftsplans. Weiterhin liegt der Änderungsbereich im Landschaftsschutzgebiet Nr. 3.4.34 „Wald- und Talbereiche um Ickten, Brederbachtal“. Das Schutzgebiet hat eine Flächengröße von 122,2 ha. Die Festsetzung erfolgt nach § 21 LG insbesondere wegen der Bedeutung des Gebietes für die Erholung, den Arten- und Biotopschutz, den Immissionsschutz, das Klima, den Erosions- und Bodenschutz sowie wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes. Für das Schutzgebiet ist es zusätzlich zu den Verboten nach 3.3 II Nr. 1-17 untersagt, Erstaufforstungen im Bereich der Bachauen vorzunehmen. Das zusätzliche Verbot erfolgt zur Erhaltung der naturhaushaltlichen Leistungen wie den Arten- u. Biotopschutz, den Erosions- u. Bodenschutz sowie zur Erhaltung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes.

In der Entwicklungskarte des Landschaftsplanes liegt der Änderungsbereich im Bereich des Entwicklungsraumes 1.38 (Icktener Wald und Ruhrhang). Leitfunktion des gesamten Entwicklungsraumes ist der Arten- und Biotopschutz. Durch die geplante Maßnahme kommt es zu einem Verlust von 0,7 ha Fläche des insgesamt 122,2 ha großen Landschaftsschutzgebietes. Schutzzweck und Entwicklungsziel des im Landschaftsplan festgesetzten Landschaftsschutzgebietes werden durch den Änderungsbereich nicht gefährdet.

2.6 Bebauungsplanung

Der Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Nr. S 15 Gr. II Nr. 8a „Ruhraue Kettwig – Mülheim“ (Teilplan Kettwig). Dieser Bebauungsplan setzt für das Plangebiet lediglich die Art der Nutzung (Flächenausweisung) fest und zwar „Fläche für die Forstwirtschaft“ und „Grünfläche“. Da dieser Bebauungsplan somit i. S. v. § 30 Abs. 1 BauGB nicht qualifiziert ist, richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben im Übrigen nach den Vorschriften des § 35 BauGB.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung der vorgesehenen Wohnbebauung wird parallel zur RFNP-Änderung ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt.

2.7 Sonstige informelle Planungen

Sonstige informelle Planungen mit Relevanz für die Änderung liegen nicht vor.

3 Gegenstand der Änderung

3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches

Der Änderungsbereich grenzt im Norden an die Icktener Straße und ist ansonsten umgeben von Wald, Wiesen, Gartenland sowie den baulichen Strukturen der Icktener Siedlung mit weitgehend freistehenden Einfamilienhäusern. Südlich und östlich verläuft unmittelbar entlang des Plangebietes eine Wegeverbindung ähnlich eines Trampelpfades. Außerhalb des Änderungsbereiches schließt sich im Osten das wiesenartig geprägte Gartenland einer Wohnsiedlung des Bauvereines Kettwig e.G. und im Westen das bewaldete Grundstück der Wohnbebauung Icktener Str. 43 an den Bereich an.

Das Gelände der ehemaligen Tennisanlage ist Teil eines tief eingeschnittenen Seitentals der Ruhr und weist erhebliche Höhenunterschiede von bis zu 18 m auf. Durch das Grundstück verläuft der verrohrte "Icktener Bach". Nach Süden schließt sich im Weiteren ein vom Weg ansteigender, bewaldeter Hang an.

Im Änderungsbereich selbst befinden sich 5 Tennisplätze, ein Vereinshaus, eine Tenniswand, Erschließungs- sowie eine Stellplatzanlage. Seit der Insolvenz des Tennisclubs liegt das Gelände brach, die ehemaligen Tennisplätze sind inzwischen mit Vegetationsstrukturen

bestanden und das Vereinsgebäude verfällt zusehends. Aufgrund der vorhandenen Erschließungsanlagen und der vormals bereits intensiven Nutzung bietet sich für die aufgegebene Freizeitinfrastruktureinrichtung eine Nachfolgenutzung als potenzielle Wohnbaufläche an.

Die Fläche liegt am Ortsrand der durch reine Wohnbebauung geprägten Siedlung Ickten. Im Einzugsbereich von ca. 2 km befinden sich verschiedene soziale Infrastruktureinrichtungen (Kindertagesstätten, Grundschulen, Realschule und Gymnasium). Das C- Zentrum Kettwig befindet sich in ca. 2 km Luftlinie.

3.2 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung

Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf Regionalplanebene als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit den Überlagerungen „Regionale Grünzüge“ und „Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)“ dargestellt. Auf Ebene des Flächennutzungsplans stellt der RFNP den Änderungsbereich als „Fläche für die Landwirtschaft“ dar. Die Darstellung wird in "Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich" geändert.

3.3 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP

Die Änderung betrifft sowohl den flächennutzungsplanerischen, als auch den regionalplanerischen Teil des RFNP.

3.4 Bedarfsnachweis

Die positive Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach Wohnraum in Essen erheblich zugenommen hat. Dieser prognostizierte Bedarf an Wohnraum kann durch die vorhandenen Wohnbauflächen nicht gedeckt werden.

Die aktuelle InWIS Wohnungsnachfrageanalyse Essen 2025+ ermittelt einen Bedarf bis 2030 in einer Größenordnung von rund 16.000 Wohnungen. Dabei wird der höchste Anteil des Bedarfs dem Mehrfamilienhaussegment mit rund 70 Prozent zugesprochen. Wenngleich das Angebot an Flächen für die Mehrfamilienhausbebauung seitens der Stadt Essen in den vergangenen fünf Jahren erhöht wurde, besteht trotz dieser Neuausweisung ein weiter anhaltendes Nachfragepotenzial, das bis 2030 nicht bedient werden kann. Ähnlich wie bereits in der eingangs erwähnten InWIS Wohnungsnachfrageanalyse 2020+ konstatiert, besteht insbesondere im Stadtbezirk IX, trotz der Wohnbaulandentwicklung der letzten Jahre, weiterhin eine hohe Nachfrage im Mehrfamilienhaussegment (Eigentums- und auch Mietwohnungen). Das nennenswerte Angebot an Neubaumietwohnungen stößt hier gleichzeitig auf eine sehr hohe Nachfrage.

Auch die Neuermittlung der Flächenbedarfe für Wohnsiedlungsbereiche im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Ruhr (RVR, Stand 2015) sieht einen planerischen Handlungsbedarf für die Verortung neuer Wohnbauflächen. Ende 2015 hat der RVR die Bedarfe nochmal dem Planungshorizont 2034 angepasst. Für die Stadt Essen ergeben sich demnach folgende Zahlen für Wohnbauflächen: einem Nettoflächenbedarf von 184,4 ha stehen Netto-Reserveflächen von 103,6 ha gegenüber. Demzufolge ergibt sich ein verbleibender Nettoflächenbedarf (Saldo) für Essen von 80,8 ha. (Quelle: RVR Bedarfsberechnung vom 11.12.2015).

In allen sechs RFNP-Städten übersteigen die Bedarfe die Potentiale teilweise erheblich. Essen hat dabei den größten Bedarf an Wohnbauflächen. Die hohen rechnerischen Bedarfe und die sich daraus ergebenden planerischen Handlungsbedarfe stellen eine große Herausforderung dar. Eine vollständige Verortung der Bedarfe wird für die Stadt Essen jedoch voraussichtlich nicht möglich sein.

3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Wie die aktuelle Bedarfsermittlung des RVR für die Regionalplanung zeigt, übersteigt der Bedarf an Wohnbauflächen bei weitem die planerischen Reserven.

Auf dem allgemeinen Essener Wohnungsmarkt besteht seit einigen Jahren ein erhöhter Bedarf an Wohnraum, der durch die vorhandenen Wohnbauflächen nicht gedeckt werden kann. Grundlage für die bedarfsgerechte Flächensuche von Wohnbauflächen war die Wohnungsnachfrageanalyse Essen 2020+ (InWIS) aus dem Jahr 2013. Darauf aufbauend wurden in den Jahren 2014 und 2015 Flächenvorschläge für Wohnbauflächen entwickelt, die im weiteren Prozess nach ausgewählten Kriterien priorisiert wurden. Die verbliebenen 41 Flächen wurden anschließend durch eine Nutzwertanalyse priorisiert. Die Fläche des Änderungsbereichs war Teil dieses Prozesses.

Durch die ehemalige Nutzung als Tennisanlage (insbesondere durch die Anlage der Spielfelder), stellt sich das Gelände heute überwiegend als anthropogen überformt dar. Aufgrund der vorhandenen Erschließungsanlagen und der baulichen "Vorbelastung" bietet sich eine sinnvolle Nachfolgenutzung für die aufgegebene Sportanlage an.

Mit der vorgesehenen Wohnbebauung wird die Wohnraumversorgung im Einzugsbereich des Stadtteils Kettwig verbessert. Diese ergänzende Bebauung entlang der Icktener Straße – als Folgenutzung für die aufgegebene Tennisanlage - würde sich gut in das gewachsene Umfeld einfügen, da die großzügigen Außenanlagen sich nach Süden hin zur freien Landschaft ausrichten und die Gebäude direkt an der Straße stehen. Darüber hinaus kann die vorgesehene Grundstücksentwicklung auch als Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der vorhandenen technischen sozialen Infrastrukturen und sonstigen sozialen Dienstleistungen des Stadtteilzentrums Kettwig gesehen werden. Als Alternative wäre auch eine Freiraumentwicklung mit Wiederherstellung der ursprünglichen Geländeform durch Abtrag der Aufschüttungen und Beseitigung der baulichen Anlagen denkbar, die aber aufgrund der hohen Kosten und der baulichen Vornutzung des Grundstücks vor dem Hintergrund des bestehenden Wohnbauflächenbedarfs nicht sinnvoll und gangbar wäre.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben (u. a. Wiedernutzung vormals bebauter Bereiche) und um eine Inanspruchnahme von Freiraum an anderer, funktionsfähiger Stelle zu vermeiden, bzw. zu verringern, soll in diesem Fall der bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnbauflächen als verträgliche Folgenutzung für das Umfeld der Vorrang eingeräumt werden.

4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien

4.1 Lärmschutz

Der Änderungsbereich befindet sich in einem von überwiegend Wohnnutzung und Anliegerstraßen geprägten Umfeld. Auf den Änderungsbereich wirken Verkehrslärmimmissionen, hervorgerufen durch den Straßenverkehr von der nördlich verlaufenden Icktener Straße und der südlich gelegenen Mendener Straße ein. Im Rahmen des parallelen Bebauungsplanverfahrens wurde daher ein Gutachten (Schalltechnische Untersuchung) erstellt, um die Lärmbelastung und Maßnahmen zum Umgang zu ermitteln (Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan „Icktener Straße (ehem. Tennisanlage)“ vom 07.12.2018, Verf.: Peutz Consult). Auf Grundlage der Ergebnisse des Lärmschutzgutachtens sind innerhalb des Bebauungsplangebietes für die Gebäude bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zur Lärminderung zu treffen (Festsetzung passiver Schallschutzmaßnahmen, wie z. B. durch geeignete Grundrissgestaltung, Schallschutzfenster etc.). Der Nachweis der konkret erforderlichen Schallschutzmaßnahmen ist im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu erbringen. Darüber hinaus liegt das Plangebiet im Bereich der Einflugschneise des Flughafens Düsseldorf; es befindet sich jedoch nicht innerhalb der Schutzzone für den Tages- und Nachtzeitraum. Aus diesem Grund sind hier keine weiteren Betrachtungen erforderlich. Weitere Lärmimmissionen, z. B. durch Gewerbe oder Freizeitnutzung sind nicht erkennbar. Die durch die Neubebauung hervorgerufenen Mehrverkehre haben keine Auswirkungen auf das angrenzende „Ruhige Gebiet“.

4.2 Altlasten

Der Änderungsbereich ist nicht im Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten der Stadt Essen erfasst; durch die ehemalige Nutzung als Tennissportanlage liegen jedoch Anschüttungen vor. Aus diesem Grund ist im Rahmen des parallelen Bebauungsplanverfahrens eine orientierende geotechnische Baugrunderkundung sowie eine orientierende schadstoffspezifische Bodenuntersuchung vorgenommen worden (Altlastenverdachtsuntersuchung und Gefährdungsabschätzung – orientierende Erkundung vom 17.05.2018, Borchert Ingenieure GmbH & Co. KG). Demnach besteht die Auffüllungsschicht aus kiesigen Sanden mit wechselnden Anteilen von anthropogenen Reststoffen, wie Ziegelbruch, Bauschutt, Schlacke und Asche. Die chemischen Analysen ergaben keine Überschreitung der Prüfwerte der Bodenschutzverordnung für die Szenarien „Wohnen“ oder „Kinderspielplatz“, so dass keine Bodensanierungen aus Gründen der Gefahrenabwehr notwendig sind. In den Bebauungsplanentwurf wurde ein entsprechender Hinweis aufgenommen, dass insbesondere im Bereich der rückzubauenden Tennisplätze, bzw. der zukünftigen Hausgärten geeignetes Bodenmaterial (entsprechend dem Merkblatt Nr. 44 des Landesumweltamtes „Anforderungen an das Einbringen und Auftragen auf oder in den Boden gem. § 12 BBodSchV“) aufzubringen ist.

4.3 Artenschutz

Um abschätzen zu können, ob im Planungsraum das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände zu erwarten, bzw. deren Eintreten durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen vermeidbar wäre, wurde 2017 eine artenschutzrechtliche Prüfung (ASP Stufe 1) beauftragt („Landschaftspflegerischer Fachbeitrag mit integrierter Artenschutzprüfung“, umweltbüro essen Bolle und Partner GbR, August 2018). Das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände ist danach nicht zu erwarten. Für die in Betracht kommenden Vermeidungsmaßnahmen und möglichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen besteht die gesetzlich geforderte hohe Prognosesicherheit, so dass die Vollziehbarkeit des Bebauungsplanes nicht gefährdet wäre.

Ergänzend zu dieser Vorprüfung wurde aufgrund von Hinweisen zum Vorkommen planungsrelevanter Arten im Bereich des Gehölzbestandes auf der Böschung der Icktener Straße und auf dem Gelände der ehemaligen Tennisanlage zusätzlich im Frühjahr 2018 eine Bewertung der Auswirkungen (Art für Art-Betrachtung) auf Ebene der artenschutzrechtlichen Hauptprüfung (ASP 2) durchgeführt. Als Ergebnis der Vor- und Hauptprüfung ist – vor dem Hintergrund fehlender Habitatbestandteile bzw. der Art des konkreten Vorhabens – eine erhebliche Beeinträchtigung der Amphibien und Reptilien nicht zu erwarten. Auch für die durch Kartierungen in 2018 erfassten planungsrelevanten Fledermaus- und Vogelarten sowie die nicht nachgewiesenen aber nach FIS prinzipiell vorkommenden Arten, kann bei Berücksichtigung bewährter Artenschutzmaßnahmen eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des BNatSchG ausgeschlossen werden.

5 Sonstige Belange

5.1 Technische Infrastruktur

An der östlichen Seite des Änderungsbereiches befindet sich ein Regenüberlaufbecken (RÜB Ickten) des Ruhrverbandes (RV). Die Gewährleistung der Zugänglichkeit des RÜB wird im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.

Der Änderungsbereich wird von dem verrohrten Icktener Bach durchquert. Die Festlegung eines beidseitigen Schutzstreifens von jeweils 6 m erfolgt ebenfalls im Bebauungsplanverfahren.

Entlang der südlichen Grundstücksgrenze verläuft ein Schmutzwasserkanal (DN 300) der Stadtwerke, der einen beidseitigen Schutzstreifen von 6 m erfordert.

5.2 Bodendenkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Xanten, unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Rheinland ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW). Diese Ausführungen beziehen sich auf die Durchführung des Vorhabens. Im Rahmen der Umweltprüfung zum RFNP-Änderungsverfahren wird im Vorfeld geprüft, ob sich Anhaltspunkte in Bezug auf potenzielle Bodendenkmale ergeben.

5.3 Verbandsgrünflächen

Die RFNP Änderung liegt im Bereich der Verbandsgrünfläche Nr. 84 des RVR. Eine entsprechende Beteiligung ist im laufenden Verfahren erfolgt (siehe Pkt.6.2). Nach Rechtswirksamkeit der Änderung ist das Verbandsverzeichnis Grünflächen vom RVR entsprechend anzupassen.

5.4 Verkehr

Der Änderungsbereich ist an das örtliche Hauptverkehrsstraßennetz über die Icktener Straße an die Mendener Straße und im Weiteren an die Meisenburgstraße/Graf-Zeppelin Straße (L441) angebunden. In südlicher Richtung erreicht man über die Graf-Zeppelin Straße Kettwig und in nördlicher Richtung besteht über die Meisenburgstraße die Verbindung zur Essener City und an das überörtliche Verkehrsnetz (BAB 52 und 40).

Der Änderungsbereich ist über das ÖPNV-Netz an die angrenzenden Stadtteile, die Innenstadt und weitere Regionen angebunden. Die Bushaltestellen liegen in ca. 400 bzw. 750 m Entfernung und bieten Verbindungen zum Kettwiger S-Bahnhof, nach Mülheim an der Ruhr sowie über Essen Rüttenscheid auch zum Hauptbahnhof.

6 Verfahrensablauf

6.1 Verfahren

Die Räte der Städte der Planungsgemeinschaft haben nach Vorberatung im verfahrens begleitenden Ausschuss (vbA) RFNP am 10.11.2017 im Zeitraum vom 07.12. bis 18.12.2017 die Erarbeitung des Änderungsverfahrens 32 E beschlossen. Auf Grundlage der gleichlautenden Ratsbeschlüsse wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Zeitraum 26.03. bis 26.04.2018 durchgeführt. Das Scoping zur Ermittlung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung wurde ebenfalls in diesem Zeitraum durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Umweltbericht eingeflossen. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 24.09. und dem 30.10.2018 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende förmliche Beteiligung sowie die öffentliche Auslegung fand vom 20.11. bis 20.12.2018 bzw. vom 03.12.2018 bis 11.01.2019 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPlG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Anregungen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, werden eben-

falls aufgezeigt. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

6.2 Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR erarbeitet daher derzeit einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist seit dem verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr am 06.07.2018 das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Das vorliegende Änderungsverfahren ist der Verbandsversammlung des RVR in der Sitzung am 29.03.2019 zur Beratung mit dem Ziel der Herstellung des Einvernehmens vorgelegt worden. Die Verbandsversammlung hat sich der Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde des RVR angeschlossen. Damit ist das Einvernehmen mit dem RVR hergestellt.

6.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurden die Begründung und der Umweltbericht entsprechend angepasst.

Dies betrifft Informationen zum Thema Artenschutz (Ergebnisse des Gutachtens), Bodenbelastung (Ergebnis der Untersuchung) und zur Alternativenprüfung (ausführlichere Erläuterung). Eine Änderung der Plandarstellung erfolgte nicht.

Ein schriftliches Erörterungsverfahren gemäß § 19 Abs. 3 LPIG wurde mit folgenden Trägern durchgeführt:

- LANUV

Das LANUV hat im Rahmen der förmlichen Trägerbeteiligung angeregt, dem Landschaftsschutz vor einer baulichen Inanspruchnahme den Vorrang zu geben. Im Zuge des Erörterungsverfahrens konnte angesichts der grundlegend unterschiedlichen Zielvorstellungen für die zukünftige Nutzung des Änderungsbereichs kein Meinungsausgleich und somit kein Einvernehmen im Sinne des § 19 Abs. 3 Satz 2 LPIG hergestellt werden.

- Landesbüro der Naturschutzverbände

Das Landesbüro der Naturschutzverbände hat im Rahmen der frühzeitigen sowie der förmlichen Beteiligung Bedenken gegen die beantragte Änderung des Gebietes von „Fläche für die Landwirtschaft/ Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit den Überlagerungen "Regionale Grünzüge" und „Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)“ in „Allgemeiner Siedlungsbereich / Wohnbaufläche“ geäußert und diese ablehnt. Es wird angeregt, das Gelände als Grün- und Erholungsbereich zu erhalten und zu entwickeln sowie den verrohrten Icktener Bach zu renaturieren. Darüber hinaus werden Be-

denken geäußert, dass für die entfallenden Freiraumdarstellungen kein „planerischer Ausgleich“ an anderer Stelle im RFNP erfolgt und die Alternativenprüfung keine Erhaltung der Fläche als Grünbereich, bzw. als Ausgleichsfläche - insbesondere für Ersatzaufforstungen - enthält. Auch hier konnte im Zuge des Erörterungsverfahrens angesichts der grundlegend unterschiedlichen Zielvorstellungen für die zukünftige Nutzung des Änderungsbereichs kein Meinungsausgleich und somit kein Einvernehmen im Sinne des § 19 Abs. 3 Satz 2 LPIG hergestellt werden.

7 Flächenbilanz / Monitoring

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene	
Fläche für die Landwirtschaft	Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich	0,9	Wohnbaufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	0,9
	Regionaler Grünzug	(0,9)			
	Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)	(0,9)			
Summe		0,9	Summe		0,9

Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPg) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.

Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe Kapitel 11, dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumb Beobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamtträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoring des RFNP beginnt gemäß genehmigter Fassung sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.

Teil B: Umweltbericht

(siehe separates Dokument)